Erscheint täglich
früh 6½ Uhr

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
In Mit-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 189. **Mittwoch** den 8. Juli 1891. **85. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Von der Tagesordnung für die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten, Mittwoch, den 8. Juli 1891, sind abgesetzt worden:

Bericht des Stiftungs- bez. Finanz- und Bauausschusses über Specialbudget „Städtisches Krankenhaus zu St. Jacob" **außer Pos.** 61—76, 104, 125 des Haushaltplanes für 1891 **und die hiermit in Verbindung stehende Vorlage über Nachverwilligungen.** Bericht des Finanzausschusses über Conto 47 **des Haushaltplanes für 1891 und Erhebung der städtischen Einkommensteuer auf den 2. Termin dieses Jahres nach 6 Anheitssätzen.**

Auf dieselbe werden gesetzt:

Bericht des Bauausschusses über a. Einführung der Wasserleitung in die Wettinerstraße östlich der Waldstraße; b. Abkommen wegen Durchkreuzung des Dresdner Bahndeiches und eines Grundstückes in Schönefeld mit dem Leitungszuge der Wasserleitung; c. Anschluß von Gemeindegrundstücken an die Wasserleitung und Aufstellung von Wassermessern in solchen.

Bericht des Finanzausschusses über a. Errichtung zweier geistlicher Stellen bei der Parochie Leipzig-Volkmarsdorf, b. Bewilligung eines Verzinsungsgeldes zur Bestreitung der Kosten des Sedanfestes und Uebernahme eines sich etwa ergebenden Deficits.

Bericht des Schul-, Bau- und Finanzausschusses über Ausführung eines Anbaues an der 15. Bezirksschule und Errichtung einer Turnhalle für dieselbe.

Bekanntmachung.

Die **Landsturm-Scheine** der im Jahre 1891 von der **königlichen Ersatz-Commission Leipzig-Stadt I** gemusterten **militairpflichtigen Mannschaften**, deren Familiennamen die Anfangsbuchstaben **A** bis mit **K** haben, sind eingegangen und liegen auf unserem **Quartier-Amte, Naschmarkt Nr. 2, im Erdgeschoß links,** Zimmer Nr. 30 (Altes Polizeigebäude), zum Abholen bereit.

Leipzig, am 4. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
ad x/M. 10949. Dr. Georgi. Lamprecht.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom 29. Juni bis mit 6. Juli d. J. im Argandbrenner bei 2,5 Millimeter Druck und 150 Litern stündlichem Consum das 18,6fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellte sich im Mittel auf 0,449.

Leipzig, am 7. Juli 1891.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der **Erd- und Pflasterarbeiten** in der **Bromme-Straße** in Leipzig-Reudnitz soll an einen Unternehmer verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 50 ₰, welche event. in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Erd- und Pflasterarbeiten in der Bromme-Straße"
versehen ebendaselbst, und zwar bis zum **16. lfd. Mts.** Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 4. Juli 1891.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ie 3460. **Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Die Herstellung einer **Thonrohrschleuße** in der Brommestraße in Leipzig-Reudnitz soll an einen Unternehmer verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnung für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 50 ₰, welche event. in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Schleuße in der Brommestraße"
versehen ebendaselbst, und zwar bis zum 16. Juli dss. J., Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 7. Juli 1891.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ie. 3459. **Straßenbau-Deputation.**

Wohnungs-Vermiethung.

In dem der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen, vormaligen Gemeindehause in **Leipzig-Tetterhausen, Torstraße Nr. 39,** ist eine aus Stube, Kammer und Küche bestehende **Wohnung** nebst Bodenraum vom **1. October d. Js.** ab anderweit zu vermiethen.

Miethgesuche werden auf dem hiesigen Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen.

Leipzig, den 4. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 2930. Dr. Georgi. Krumbiegel.

Wohnungs-Vermiethung.

In dem der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen früheren **Rathhausgrundstück** in **Leipzig-Anger-Crottendorf,** Zweinaundorfer Straße Nr. 1, ist eine im 2. Stockwerke gelegene, aus 2 Stuben, 2 Kammern, 1 Küche und sonstigem Zubehör bestehende Wohnung vom 1. October dieses Jahres ab gegen halbjährliche Kündigung anderweit zu vermiethen.

Miethgesuche werden auf dem hiesigen Rathhause, 1. Stockwerk, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen.

Leipzig, den 4. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 2983. Dr. Georgi. Krumbiegel.

Gesucht

wird der Handelsmann **Friedrich Hermann Wieprig,** geboren am 9. Juli 1842 in Frohburg, welcher zur Fürsorge für seine in Waisenpflege befindlichen Kinder anzuhalten ist.

Leipzig, den 1. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armen-Amt.)
IVa. 1729/91. Hentschel. Hr.

Erledigt

hat sich unsere Bekanntmachung vom 23. vorigen Monats, die Dienstmagd

Lisette Dorothee Pauline Banse

betreffend.

Leipzig, den 30. Juni 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Armen-Amt.
IVa. 1834/91. Hentschel. Hr.

Obstverpachtung.

Die diesjährige Ostnutzung (Aepfel, Birnen und Pflaumen) an den fiscalischen Straßen des Bauerwalterei-Bezirks Leipzig soll

Dienstag, den 14. dieses Monats,
Vorm. 10 Uhr
im Saale des hiesigen Schuhmacherinnungshauses
Schloßgasse Nr. 10
meistbietend gegen sofortige Baarzahlung und unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen verpachtet werden.

Die in Frage kommenden Straßenabtheilungen bez. Unterabtheilungen, ingleichen die Anzahl der daraus anstehenden Bäume sind vor dem Termine aus in den Händen der Herren Amtsstraßenmeister und der Straßenwärter des Bezirks befindlichen Verzeichnissen zu ersehen.

Leipzig, am 2. Juli 1891.

Königliche Straßen- und Wasserbauinspection. **Königliche Bauerwalterei.**

Gewölbe-Vermiethung.

Das in dem der Stadtgemeinde gehörigen Hausgrundstück **Magazingasse Nr. 27** gelegene **Verkaufsgewölbe** ist **sofort** gegen **einhalbjährige Kündigung** oder **fest bis zum 31. December 1894** anderweit zu **vermiethen.**

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, 1. Obergeschoß, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen, wo über die Vermiethungsbedingungen und auch sonst Auskunft ertheilt wird.

Leipzig, den 4. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 2259. Dr. Georgi. Krumbiegel.

Gesucht

wird der Buchbinder **Friedrich Carl Thieme,** geboren am 8. November 1842 zu Pirchig, welcher zur Fürsorge für seine hier in Waisenpflege befindlichen Kinder anzuhalten ist.

Leipzig, den 1. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Armen-Amt.
IVa. 1743/91. Hentschel. Hr.

Bekanntmachung.

Der unterzeichnete Schulvorstand beabsichtigt, eventuell die beiden hiesigen **Schulgebäude,** von denen das eine sich zu gewerblichem Betriebe, das andere zum Wohnhaus trefflich eignen würde, nebst Garten zu **veräußern,** und sieht bis zum 31. Juli diesbezüglichen Kaufgeboten entgegen, mit dem Bemerken, daß Rabenau zwar eine kleine, aber im Aufblühen begriffene und sehr gewerbsthätige Stadt ist.

Rabenau, den 26. Juni 1891.

Der Schulvorstand.
Pfarrer Weißbach, Vorsitzender.

Berichtigung: In der Insertion vom 28. Juni fälschlich Reberau gedruckt.

England und der Dreibund.

Daß die Stellung Englands zum Dreibund keineswegs klar und mit drei Worten zu bezeichnen ist, geht daraus hervor, daß diese Angelegenheit fortgesetzt die Presse und die Parlamente beschäftigt und nicht von der politischen Tagesordnung verschwinden will. Heute liegt wieder eine ganze Reihe von Aeußerungen über diesen Gegenstand vor, welche das Verhältniß Englands zum Dreibund auch nicht um ein Haar breit klarer machen, als es bisher gewesen ist, sondern uns lediglich in unserer wiederholt kund gegebenen Auffassung der Sachlage bestärken, die darauf hinauskommt, daß England sich volle Handlungsfreiheit bewahren will. Der „Standard", welcher der englischen Regierung nahe steht, enthält eine Auseinandersetzung dieser Angelegenheit, welche an Gewundenheit und Unfaßbarkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Das Blatt stellt wichtige und fruchtbare Besprechungen über politische Angelegenheiten zwischen der Königin und ihrem kaiserlichen Gaste in Aussicht, schränkt aber das Gesagte sofort wieder ein, indem es hinzufügt, daß keine Verträge unterzeichnet und keine Uebereinkünfte getroffen würden, wie etwa in Skiernievice geschehen. Trotzdem kommt der „Standard" zu dem Schluß, daß die Unterredungen in Windsor den Lauf der Geschichte ebenso wirksam beeinflussen wie die Verträge, welche in den festländischen Kanzleien aufbewahrt werden. Mit solchen Aeußerungen ist ebenso wenig anzufangen wie mit den Antworten Fergusson's auf Anfragen über diese Angelegenheit im Parlament. Erst am Montag hat er im Unterhause zum so und so vielten Male erklärt, daß England mit Italien über die Aufrechthaltung des status quo im Mittelmeer im Princip einverstanden sei, aber auch der Vertreter des englischen Auswärtigen Amtes hütet sich, das Vorhandensein irgend welches bindenden Vertrages oder auch nur einer mündlichen Uebereinkunft einzuräumen. Was fängt man aber mit einem Verbündeten an, der sich einem Aale gleich jeder Berührung entzieht, wenn man wissen will, was man im entscheidenden Augenblick von ihm zu erwarten hat?

Man vergleiche mit diesen beiden Auslassungen Das, was „Daily News" und „Daily Telegraph" neuerdings sagen, und man wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß mit so vorsichtigen Leuten, wie die Engländer sind, weder ein Bündniß, noch ein Uebereinkommen, noch auch nur ein Einvernehmen für den Fall des Krieges zu erreichen ist. „Daily News" sagt mit beneidenswerther Offenheit, daß von allen den Leuten in England, welche dem deutschen Kaiser zujauchzten, kein einziger Mensch seine Zustimmung zu einer Politik oder zur Mißbilligung einer anderen ausdrücken wollte, daß sie auch nur an den Dreibund gedacht hätten oder mit dem Hurrah für den Kaiser eine Unfreundlichkeit gegen Frankreich verbinden wollten. England betrachte beide Nationen als befreundet, und wenn Carnot im Herbst nach London käme, so würde ihm ein ebenso freundlicher Empfang zu Theil werden wie dem deutschen Kaiser. Der „Daily Telegraph" faßt denselben Gedanken in eine noch bestimmtere Form, indem er es für unmöglich erklärt, daß England an einem Bunde gegen Frankreich und Rußland theilnehmen könne, England habe nicht das Recht, Frankreich eine Politik der Geduld anzuempfehlen oder seinen Wunsch nach Revanche zu mißachten. England werde weder dasjenige, noch die Flamme schüren, wenn Frankreich sich eines Tages entschließen sollte, zu kämpfen, um das Elsaß wieder zu erlangen. Das Blatt macht aber einen Unterschied zwischen einem Angriff Frankreichs gegen Deutschland und gegen Italien, England könne nicht ruhig zusehen, wenn Frankreich den Versuch machen sollte, das Gleichgewicht im Mittelmeer zu stören.

Aus diesen Stimmen der Presse geht mit Gewißheit hervor, daß ein großer, vielleicht der größere Theil der Engländer nicht die Absicht hat, Deutschland in einem Kriege gegen Frankreich zu unterstützen, sondern daß England mit dem Dreibund nur insofern sympathisirt, als die Mittelmeerfrage in Betracht kommen könnte. Deshalb verhalten sich die Wortführer der Opposition auch ganz ruhig in Bezug auf das Verhältniß Englands zu Deutschland, ihre Anfragen beziehen sich immer nur auf Italien, weil dieser Macht gegenüber maritime Interessen in Frage kommen.

Noch nie zuvor ist ein englisches Blatt von Bedeutung so entschieden für die unbedingte Neutralität Englands in einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich eingetreten wie der „Daily Telegraph", ja dieses Organ ist so weit gegangen, das Bedürfniß nach Rache, welches ein Theil der Franzosen empfindet, als eine berechtigte Eigenthümlichkeit anzuerkennen, auf deren Zurückdrängung England keine Einwirkung zustehe. Wenn man derartige heikle Fragen in so rückhaltloser Weise vor der Oeffentlichkeit erörtert, dann kann von Sympathie für den Dreibund, welcher doch einzig und allein die Sache des Friedens vertritt, nicht die Rede sein. Der Dreibund ist keineswegs gegen Frankreich und Rußland gerichtet, er ist nur eine Vorsichtsmaßregel gegen die Ausführung kriegerischer Absichten, welche von beiden Mächten wiederholt zu erkennen gegeben worden sind. Englands Abmachungen mit Italien für den Fall eines Versuches von französischer Seite, den status quo im Mittelmeer zu stören, haben mit den Zielen des Dreibundes nur mittelbare Berührungspuncte, aber es ist ein vergebliches Beginnen, mit einer Macht wie Frankreich zur See Krieg zu führen und zu Lande Neutralität zu beobachten.

In dem Augenblicke, in welchem Englands Flotte zur Abwehr eines französischen Angriffs neben der italienischen im Mittelmeer erscheint, ist England auch den Angriffen Frankreichs zu Lande ausgesetzt, und es ist klar, daß eine solche Action überhaupt nicht getrennt vom Dreibunde zu denken ist. Hier liegt der Fehler der politischen Berechnung Englands, und dieser Fehler läßt sich durch keinen Zeitungsartikel oder durch irgend eine ausweichende Erklärung des Vertreters der Regierung im Parlament ausgleichen. Die Mittelmeerfrage ist keine Frage, die sich auf die Interessenten beschränken ließe, sondern eine europäische Frage. Wenn die französische und die englische Flotte die ersten Schüsse gewechselt haben, so ist das Signal zum Ausbruch eines allgemeinen Krieges gegeben, denn Italien hat nicht nur auf die Hilfe Englands, sondern auch auf die Deutschlands Anspruch, wenn es von Frankreich angegriffen wird. Was Rußland in einem solchen Falle thun wird, läßt sich nicht mit Sicherheit vorhersagen, aber die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß es eine solche Gelegenheit für günstig erachten wird, um die Rechnung am Goldenen Horn zu begleichen.

Englands Politik dem Dreibund gegenüber leidet an Unklarheit und Unentschlossenheit. Es giebt für England nur zwei Wege: entweder rückhaltlose Uebereinstimmung mit den Zielen des Dreibundes oder unbedingte Neutralität, die sich auch auf maritime Angelegenheiten erstreckt. Dieses Herumdrücken um bestimmte Verträge, Abmachungen oder auch nur Einverständnisse macht einen geradezu kläglichen Eindruck. Durch die Mittelmeerfrage ist England auf die Seite des Dreibundes gedrängt, denn freiwillig thut England nichts, wobei das kostbare Blut seiner Söhne in Gefahr kommen könnte, da ein Uebereinkommen mit Italien über eine gemeinsame Abwehr eines französischen Angriffs auf den status quo im Mittelmeer aber nicht getrennt zu denken ist von den Verwickelungen, welche der Dreibund zu verhindern bestimmt ist, so ist es ein thörichtes Beginnen Englands, seine Interessengemeinschaft mit dem Dreibund durch alle möglichen Ausflüchte und der Logik ins Gesicht schlagende Auseinandersetzungen zu verschleiern. Wenn England könnte, wie es wollte, dann würde es müßiger Zuschauer aller Kämpfe bleiben, die sich zwischen den europäischen Großmächten abspielen, da aber das Meer doch auch Küsten hat, so kann man sich nicht auf den Standpunct stellen, daß eine Seemacht mit Fragen, welche zwischen Mächten des Festlandes zum Austrage kommen, nichts zu thun hat. *

Leipzig, 8. Juli.

* Dem Bundesrath ist eine sehr große Anzahl von Eingaben um Steuerfreiheit des Branntweins zur Herstellung von Heilmitteln zugegangen. Sicherem Vernehmen nach hat sich der Bundesrath nur insofern ablehnend diesen Eingaben gegenüber verhalten, als sich dieselben auf nachträglichen Erlaß oder auf Vergütung von Branntweinsteuer für alkoholhaltige Fabrikate beziehen. Im Uebrigen aber sind die Eingaben, soweit sie die allgemeine Regelung der Steuerfreiheit des Branntweins für Heilmittel, namentlich die Aufstellung eines allgemein geltigen Verzeichnisses solcher Heilmittel, für welche steuerfreier Branntwein verwendet werden darf, beabsichtigen, dem Reichskanzler überwiesen worden, der nun Weiteres veranlassen wird.

* Zu dem Arbeiterschutzgesetz gehen dem Bundesrath fortwährend Eingaben zu. Eine ganze Gruppe derselben, welche die gesetzliche Regelung der Beschäftigung von Lehrlingen und Gehülfinnen im Handelsgewerbe, die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine und die Gestattung von Ausnahmen hinsichtlich der Arbeitszeit von Arbeiterinnen in Buchdruckereien und Chocoladefabriken betreffen, sind dem Reichskanzler überwiesen worden.

* Es steht jetzt fest, daß der bayerische Antrag wegen Wiederzulassung der Redemptoristen vor dem Herbst nicht mehr zur Verhandlung im Plenum des Bundesraths kommt. Ueber die Aussichten des Antrags läßt sich gegenwärtig noch nichts Zuverlässiges sagen, da die preußische Regierung mit ihrer Entscheidung noch zurückhält.

* In Cassel werden in den nächsten Tagen der Reichstagsabgeordnete Dr. Böttcher und Professor Paasche-Marburg zur Unterstützung der Reichstagswahl des nationalliberalen Candidaten, Professor Endemann, auftreten. Man hofft, denselben in die Stichwahl mit dem Socialdemokraten zu bringen, in welchem Falle sein Sieg wahrscheinlich sein würde.

* Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt:

„In dem neuen socialdemokratischen Programm befindet sich auch die Forderung eines proportionalen Wahlrechts. Es soll danach, in der Anwendung auf den Reichstag, die Zahl der Abgeordneten einer jeden Partei nach der Gesammtzahl der im ganzen Reich auf dieselbe gefallenen Stimmen bestimmt werden, nicht nach den Majoritäten in den einzelnen Wahlkreisen. Im socialdemokratischen Programm ist diese Forderung neu, sonst aber ist sie schon sehr häufig angeregt und wissenschaftlich erörtert worden, und es sprechen allerdings manche Gründe der Gerechtigkeit dafür. Es kann wohl vorkommen, daß bei dem bestehenden Modus ganze Parteien, die in allen Wahlkreisen in der Minderheit sind, im Ganzen aber doch eine bedeutende und einer parlamentarischen Vertretung wohl würdige Zahl von Anhängern besitzen, aus dem Reichstag ausgeschlossen werden können, und jedenfalls sehr häufig die Abgeordnetenzahl der Parteien in einem sehr starken Mißverhältniß zu der Anzahl der insgesammt aufgebrachten Stimmen, also zu der Stärke und Bedeutung im Volk. Fassen wir den gegenwärtigen Reichstag nach dieser Richtung hin ins Auge: Bei den ersten Wahlen fielen auf die Deutschconservativen 895 103 Stimmen oder 12,4 %, der Gesammtzahl, auf die Reichspartei 482 314 oder 6,7 %, auf die Nationalliberalen 1 177 807 oder 16,3 %, auf die Deutschfreisinnigen 1 159 915 oder 16 %, auf das Centrum 1 342 113 oder 18,6 %, auf die Socialdemokraten 1 427 298 oder 19,7 %. Nach diesem Stimmenverhältniß müßten bei gerechter Vertheilung etwa entfallen: auf die Deutschconservativen 50 Abgeordnete, statt 71, auf die Reichspartei 27 statt 20, auf die Nationalliberalen 65 statt 41, auf die Deutschfreisinnigen 64 (wie jetzt auch), auf das Centrum 74 statt 113, auf die Socialdemokraten 79 statt 35. Die Thatsache, daß das Centrum mit 1,3 Millionen Stimmen 113, die Socialdemokraten mit 1,4 Millionen Stimmen nur 35, die Nationalliberalen mit 1,1 Millionen Stimmen nur 41, die Deutschfreisinnigen dagegen mit noch etwas weniger Stimmen als die Nationalliberalen 64 Abgeordnete besitzen, weist auf entschieden ungerechte Wirkungen des jetzigen Wahlsystems hin. Geradezu ungeheuerlich wird das Mißverhältniß in einigen größeren Bezirken. So sind im Großherzogthum Baden abgegeben worden 81 439 ultramontane, 82 358 nationalliberale Stimmen. Abgeordnete aber kamen in Baden auf das Centrum 8, auf die stärkste Partei des Landes, die nationalliberale, kein einziger. Bei solchen unvernünftigen Ergebnissen kann man doch nicht behaupten, daß das bestehende Wahlsystem einen gerechten und treuen Ausdruck der Gesinnung des Volkes liefere. Es liegt hier unstreitig ein wunder Punct des herrschenden Wahlrechts. Einiges wäre schon durch die Abschaffung des Instituts der Stichwahlen gebessert. Es ist kein bloßer Zufall, daß diejenigen beiden Parteien, welche im Verhältniß zu ihrer Gesammtstimmenzahl die wenigsten Vertreter besitzen, die Socialdemokraten und die Nationalliberalen, auch durch die Stichwahlen am meisten gehindert worden sind. Hätte die relative Mehrheit des ersten Wahlganges entschieden, so hätten die Nationalliberalen 21, die Socialdemokraten 17 Mandate mehr, die Deutschfreisinnigen 25 weniger erlangt."

Mit Ausnahme der Stelle von den Stichwahlen können wir uns mit den Auslassungen der „Nationalliberalen Correspondenz" nicht befreunden. Abgesehen davon, daß man Listenwahlen einführen müßte, ist uns eine Gesetzgebung ad hoc überhaupt zuwider.

* Im Einverständnisse mit dem preußischen Kriegsminister bringt der Minister des Innern die vom Vorstande des Deutschen Kriegerbundes festgestellten Normalsatzungen für Kriegervereine im „Ministerialblatt für die innere Verwaltung" mit dem Hinzufügen zur Kenntniß, daß es den einzelnen Vereinen vorbehalten bleibe, bei Annahme dieser Satzungen denselben solche Bestimmungen, welche nach den örtlichen oder sonstigen besonderen Verhältnissen etwa für erforderlich erachtet würden, hinzuzufügen.

* Auf der vierten Provinzialversammlung des rheinischen Hauptvereins des Evangelischen Bundes, die am 29. Juni in Kreuznach stattfand, wurden, nach der „Weserischen Zeitung", Resolutionen gefaßt, die dem Bedauern der Versammlung „über den in jüngster Zeit wiederholt vorgekommenen Abfall deutscher evangelischer Fürstentöchter von ihrem Glauben" und über die Ausstellung des heiligen Rockes in Trier Ausdruck geben.

* Aus Hannover meldet die „Prot. Ver.-Corr.": Wir meldeten letzthin, daß in der Provinz Hannover ein häßliches kirchliches Denunciantenwesen aufgetaucht ist, daß einzelnen Predigern von Seiten der Kirchenbehörde mitgetheilt wird, es seien Anklagen auf Irrlehre gegen sie eingereicht worden. Ueber die Personalien der Ankläger, so hieß es, hülle sich das Kirchenregiment in Schweigen. Jetzt verlautet, daß die Denunciationen auf Persönlichkeiten zurückzuführen seien, welche im politischen Leben einen Namen haben. Die Oeffentlichkeit befaßt sich in immer weiteren Kreisen mit der widerwärtigen Angelegenheit. Unseres Erachtens ist es geradezu unverständlich, wie die hannoversche Kirchenbehörde dem allen gegenüber beharrlich stillschweigt. Sie erreicht dadurch nur das Eine, daß man sie zur Mitschuldigen an diesen Verkommnissen macht.

* In Schleswig findet eine Conferenz der Landräthe und sonstiger höherer Verwaltungsbeamten der Provinz Schleswig-Holstein statt, an welcher der Minister des Innern Herr Herrfurth von Helgoland, wohin er sich, wie bereits gemeldet, am Freitag in dienstlichen Angelegenheiten begeben hatte, theilnimmt. Gegenstand der Berathung dürfte der Entwurf einer Landgemeindeordnung für die genannte Provinz sein, welche die für die sieben östlichen Provinzen codificirten Grundsätze dorthin zu übertragen haben würde. Ende des Monats will sich der Minister des Innern zu gleichem Zwecke nach der Provinz Hessen-Nassau begeben, und meint die „Köln. Zeitung", es sei Aussicht vorhanden, beide Gesetzentwürfe schon der nächsten Landtagstagung zur Beschlußfassung unterbreiten zu können. Auch suche man im Ministerium des Innern Entwürfe einer neuen Städteordnung, einer Neuregelung der städtischen Polizeikosten, sowie einer Vereinigung der Außenorte mit Berlin fertigzustellen.

* In Bezug auf die Stellung des Centrums zu den polnischen Agitationen ist eine Erklärung nicht ohne Interesse, welche der erste Vicepräsident des Reichstages, Graf v. Ballestrem, in der „Schlesischen Volkszeitung" veröffentlicht gegenüber der Mittheilung eines polnischen Blattes, daß er in Berlin zu einem für das Wohl Oberschlesiens und namentlich seiner polnischen Bevölkerung sehr interessirten Manne geäußert habe: „Die oberschlesischen Polen muß man aufs Maul schlagen." Graf Ballestrem giebt zu, daß er, einer alten militairischen Gewohnheit folgend, solchen drastischen Ausdruck gebraucht haben könne, keinesfalls aber mit Bezug auf „oberschlesische Polen", die es nach seiner Ansicht nicht gebe. Er kenne nur „polnisch sprechende Oberschlesier, welche Preußen und Angehörige des Deutschen Reiches sind". Er habe nur andeuten wollen, daß die großpolnischen Agitatoren in Oberschlesien energisch zurückgewiesen werden müßten. Es heißt sodann in der Erklärung:

Stets bin ich für Erhaltung und Pflege der polnischen Muttersprache der Oberschlesier eingetreten, weil ohne dieselbe den Kindern in der Schule die Heilswahrheiten nicht verständlich gemacht werden können; dann aber auch, weil ohne vorheriges Verständniß der polnischen Muttersprache eine Erlernung der deutschen Sprache sehr erschwert wird, deren Kenntniß für jeden Oberschlesier, der sich über das unterste Niveau eines gewöhnlichen Tagelöhners erheben will, durchaus nothwendig ist. Die großpolnischen Agitatoren schädigen die oberschlesische Bevölkerung gewaltig schon dadurch, daß sie alles Deutsche perhorresciren; von ihren nationalpolitischen Bestrebungen will ich gar nichts sagen, denn dieselben werden in